

# Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

## Corona-Krise

Sowohl der Präsident als auch die Demokratische Partei der Malediven (MDP) hatten bei den Präsidentschafts- (9/2018) und den Parlamentswahlen (2/2019) überzeugende Mehrheiten errungen. Dies wurde als starkes Mandat für die Rückkehr zur Demokratie, die Herrschaft des Rechts und der Menschenrechte verstanden. Nach anderthalb Jahren sind die Erfolge bei der Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsfällen seitens der Vorgängerregierung mäßig. Die Unterstützer der jetzigen Regierung wurden allmählich ungeduldig. Dann brach die Coronakrise aus. Bis Anfang März waren die Malediven kaum von der Corona-Pandemie betroffen (siehe Heft 1-2020). Nachdem am 27. März etwa 40 Ansteckungen auf den Inseln und in Male gezählt worden waren, schloss das Land den internationalen Luftverkehr und seine Grenzen. Aufgrund der Archipel-Struktur des Landes glaubten die Verantwortlichen noch Anfang Februar, die Seuche mit relativ einfachen Mitteln managen zu können. Am 3. Februar waren alle Direktflüge aus China gestoppt worden. Am 12. und 25. Februar richtete das Kabinett eine spezielle *Corona-Task-Force* ein, die die Grenzen an den Häfen und Flughäfen überwachen sollte.

## Infektionsverlauf und soziale Folgen

Die Ansteckungskurve ging ab Ende März vor allem in der Hauptstadt steil nach oben. Erst am 15. April wurden jedoch Schulen, Museen, Parks, Kinos, Theater sowie nicht notwendige Geschäfte, Büros, Regierungsstellen, Resorts oder Baustellen in Male und allen Inseln geschlossen. Reisen auf die Inseln wurden verboten, wenngleich nicht immer beachtet. Am 10. Juni bestätigte die Nationale Agentur für den Schutz der Gesundheit 1962 Ansteckungen, 1161 Genesene und acht Verstorbene. Von den 20 Neuansteckungen im Vergleich zum Vortag entfielen 16 auf Arbeitsmigranten aus Bangladesch. Am 5. Mai hatte der Präsident die Rückführung von 1500 Arbeitsmigranten aus Bangladesch, und die Unterbringung von etwa 3000 Arbeitsmigranten außerhalb von Male angeordnet. Bis dahin lebten sie in der Stadt in beengten Quartieren. Maledivische Bürger/-innen wurden auch aus China und Europa zurückgeholt. Die chinesischen Experten und Bauarbeiter flogen nach Hause. Die indische Marine transportierte auf Kriegsschiffen über 1000 Inder/-innen am 17. und 19. Mai von Male nach Kochi, dem

größten Hafen des indischen Bundesstaates Keralas. Fast alle Beschäftigten im Tourismus und verwandten Sektoren haben ihre Jobs verloren oder leben in einem Status von Beschäftigung ohne Verdienst. Die Anti-Corona-Strategie der Regierung sieht vor, dass man bis Ende Juni die Reproduktionsrate des Virus dauerhaft unter eins gedrückt hat und ab Juli viele Lebensbereiche, insbesondere auch den Resorttourismus, schrittweise wieder öffnen kann.

## Wirtschaft und Finanzen

Die maledivische Regierung hatte für ihre rund 400.000 Einwohner/-innen im Dezember 2019 einen Haushalt aufgestellt, der von Ausgaben von etwa zwei Milliarden und einem voraussichtlichen Staatseinkommen von 1,6 Milliarden Euro ausging. Krisenbedingt musste die Einkommensschätzung im Mai auf 800 Millionen Euro reduziert werden. Man geht jetzt von einem Haushaltsdefizit von 270 und einem Gesamtverlust durch Corona von 370 Millionen Euro aus. Die maledivische Wirtschaftsleistung wird vermutlich einen Rückgang von rund fünf Prozent hinnehmen müssen, im Wesentlichen bedingt durch die wegfallenden Einnahmen aus dem Tourismus (knapp 25 Prozent der Gesamtwirtschaft). Solche negativen Folgen gab es in der Vergangenheit schon. Aufgrund des Tsunami 2004 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 13 Prozent. Im Jahr nach der Finanzkrise (2008) blieben chinesische, westliche oder arabische Tourist(inn)en aus, und das BIP sank um fast sieben Prozent. Allerdings erholte sich der Tourismussektor auch immer wieder. Mit Blick auf die Verluste beim Tourismus hat die Regierung zum einen ihre Ausgabenprogramme um fast 60 Millionen Euro reduziert, zum anderen sollen Kreditprogramme die handelnde und produzierende Wirtschaft, Resortanlagen, Transport und Infrastruktur stützen. Im Juli soll der Resort-Tourismus wieder starten. Eine virtuelle Kampagne über soziale Medien läuft bereits. Mehrere Inselflughäfen sollen die Landung von Privatjets erlauben.

## Internationale Folgen

Die Ratingagentur Fitch sagte im Juni den Malediven 2021 ein Wachstum des BIP von zehn Prozent voraus, stufte allerdings die Bonität des Landes von B+ auf B mit negativem Vorzeichen herab. Fitch erwartet einen Anstieg der Auslandsschulden von 60 auf 73 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes (ähnlich wie in Deutsch-

land). Fitch vermutet, dass einige große Infrastrukturprojekte, wie die Brücke zur Insel Tilafushi sowie der Ausbau des dortigen Hafens, nicht wie geplant in diesem Jahr beginnen können. Hilfe kommt von den internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF. Die Weltbank stellt insgesamt 11,2 Millionen US-Dollar zur Verfügung, davon 3,5 Millionen als Zuschuss. Der IWF zahlt 29,8 Millionen US-Dollar aus langfristigen und zinsgünstigen Finanzierungsinstrumenten. China ermöglicht der Regierung, seine Schuldendienste bis zum Jahresende 2020 einzustellen. So bleibt bis 2021 bares Geld in der Staatskasse, das in die Aufrechterhaltung und Belebung der Wirtschaft fließen kann. Die EU verhandelt mit den Malediven darüber, den 24-prozentigen Zolltarif für Thunfisch zu reduzieren und dadurch mehr Wertschöpfung im Land zu lassen. Indien überweist 150 Millionen US-Dollar aus dem indisch-maledivischen Währungs-Swap-Abkommen vom Juli 2019 (insgesamt 400 Millionen US-Dollar). Aus Indien kommen auch 1000 Tonnen Reis, Getreide, Zucker und andere Nahrungsmittel. Auch China half mit Lebensmitteln. Regierung und Parlament haben der Reduzierung der Gehälter um 20 Prozent zugestimmt.

### Rückkehr zur „neuen“ Normalität

Bei einer Fernsehansprache an die Bevölkerung verkündete Präsident Solih am 20. Mai die Rückkehr zur Normalität in einzelnen Schritten für Juni/Juli, begleitet von wesentlich mehr Corona-Tests. Er mahnte seine Landsleute, die Pandemie ernst zu nehmen, Abstand und Mundschutzregeln einzuhalten, gerade wenn die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit wiederhergestellt, die Geschäfte wieder geöffnet werden. Voraussichtlich am 1. Juli sollen Moscheen, Schulen, Cafés und Restaurants wieder öffnen, die Angestellten an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Die Einschränkungen auf den Inseln sollen besonders rasch dort gelockert werden, von denen keine Fälle von Ansteckungen bekannt sind. Privatjets und Superjachten sollen am 1. Juni, Linien- und Charterflüge am 1. Juli und Normaltourist(inn)en ab dem 1. August wieder ins Land können.

### Lokalwahlen

Am 26. Mai hat das Parlament (*Majlis*) mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen die Verfassung geändert, die es Abgeordneten der Lokalparlamente erlaubt, ihre Aufgaben kommissarisch weiter auszuüben, wenn Wahlen durch übergeordnete Gründe verschoben werden müssen. Anlass waren die für Mitte April angesetzten Lokalratswahlen, also während des Corona-Lockdowns. Die Lokalwahlen waren in der Vergangenheit schon dreimal verschoben worden, die letzten 2017 wegen

einer Grippewelle. Die Mandatsausübung war jedoch unregelmäßig geblieben. Zur Wahl stehen 664 Gemeinderäte, 179 Inselräte, 66 Sitze für 18 Atollräte sowie 23 Sitze für drei Stadträte (Male, Fuvahamulla und Hithadhoo). Ein neuer Termin für die Lokalwahlen wurde noch nicht gefunden. Beamte und andere Staatsbedienstete, die für Wahlen kandidieren, verlieren ab dem Datum ihrer Kandidatur ihre Gehälter, die aber dann von der Wahlkommission gezahlt werden. Da kein Wahltermin feststeht, werden die Gehälter der Kandidat(inn)en gegenwärtig nicht gezahlt. Der Oberste Gerichtshof hat seine Zuständigkeit abgelehnt, über die Frage der Zahlungsverpflichtung zu entscheiden.

### Handelsbeziehungen zu China

Der Parlamentssprecher und ehemalige Präsident Mohamed Nasheed von der Demokratischen Partei (MDP) forderte das Parlament auf, den Freihandelsvertrag mit China zu annullieren. Es sei bisher kein Geschäft zum 2017 von der Vorgängerregierung vereinbarten Vertrag abgewickelt worden. Außenminister Abdulla Shahid wies die Äußerungen Nasheeds umgehend zurück. Der Vertrag ermögliche den Export von Thunfisch nach China und eröffne neue Märkte und Wirtschaftskooperationen. Chinas Botschafter in den Malediven unterstrich bei einer Pressekonferenz Anfang Juni die guten Beziehungen zu den Malediven. Er hoffe, die Flugverbindungen zwischen beiden Ländern könnten bald wiederaufgenommen werden. Viele Bauprojekte sind auf chinesische Fachkräfte angewiesen. Präsident Solih übersandte dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping ein Kondolenzschreiben aus Anlass der vielen COVID-19-Opfer in China und bot als Zeichen der Anteilnahme die Lieferung von einer Million Dosen Thunfisch an.

Parlamentssprecher Nasheed hingegen sieht in den Krediten für große Bau- und Infrastrukturprojekte mit China eine Strategie zur Schaffung von außenpolitischer Abhängigkeit. Er hat seine Haltung in Wahlkämpfen und im Parlament immer wieder kundgetan und auf das Beispiel des Hafens Hambantota im Süden Sri Lankas hingewiesen. Dort hat China das Gelände wegen ausbleibender Schuldendienste in Erbpacht übernommen. Andere Staaten in Asien wie Myanmar oder Pakistan haben auf chinesische Kredite verzichtet. Sie befürchten ebenfalls den Verlust von Souveränität. Parlamentssprecher Nasheed sieht außerdem eine Schuldenfalle, wie beim sozialen Wohnungsbauprojekt Hiyaa auf einer Nachbarinsel von Male. Die Vorgängerregierung plante 16 Wohntürme zu je 25 Stockwerken für 7000 Familien, überwiegend mit Zweizimmerwohnungen von je 46 Quadratmetern. Die Türme

sind gebaut, aber noch nicht bezogen. Die Mietpreise stiegen in der Bauphase von 320,00 auf 628,00 Euro pro Quadratmeter an. Solche Preise sind kaum zu bezahlen und wurden von der aktuellen Regierung durch staatliche Zuschüsse auf 387,00 Euro abgesenkt. Für Parlamentssprecher Nasheed wird dieses Projekt Teil der chinesischen Schuldenfalle, das zwangsläufig vom Steuerzahler bezahlt werden muss.

### Menschenrechte

Die Jahresberichte von *Human Rights Watch* und Amnesty International zu den Malediven für 2019 drücken ihr Bedauern aus, dass die Regierung ihr Mandat zur Wiederherstellung von Demokratie und Menschenrechten nicht stärker umgesetzt hat. Unerfüllte Regierungsversprechen, eine antriebs- und ziellose Strafrechtsreform, Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger/-innen und unwürdige Gefängnisbedingungen bestimmten das Bild der Menschenrechte in den Malediven. Die Regierung beuge sich dem Druck von islamistischen Klerikern und der Hetze aus sozialen Medien und habe etwa das bekannte und respektierte *Human Rights Network* geschlossen. Die Regierung übernehme so die unwahre Behauptung, ein 2015 veröffentlichter Bericht habe den Propheten beleidigt.

Direkt nach der Wahl im September 2018 schuf die Regierung eine „Kommission zu Mord und Verschleppung“, die unter anderem die Entführung und Enthauptung des Journalisten Ahmed Rilwan 2014, den Mord am Blogger Yameen Rasheed 2017 oder am Abgeordneten Afrasheem Ali 2012 aufklären sollte. Die Familien von Rilwan und Rasheed wandten sich enttäuscht und verbittert an den Präsidenten, ob er denn ihre Unterstützung im Wahlkampf alleine zum Stimmenfang genutzt habe. Die Kommission arbeite nun schon ein Jahr und die Schuldigen wurden bisher nicht zur Verantwortung gezogen. Sie fordern die Hinzuziehung von ausländischen Ermittlern. Das Verfahren gegen sechs Verdächtige des Mordes an Yameen Rasheed ist wiederholt verschoben worden. In einem anderen Fall wies die Kommission allerdings die Zusammenarbeit von Polizei mit extremistisch-islamistischen Gangs und islamischen Strafgerichten nach. Bei diesen Absprachen wurden die Strafen quasi außergerichtlich festgelegt.

Das weite Feld, das in Sachen Menschenrechte noch zu bestellen ist, zeigen weitere Beispiele. Gefängniswächter ließen einen Strafgefangenen verbluten. Der Justizminister sagte Investitionen in den Strafvollzug zu, ein Wächter wurde angeklagt. Ein Video zeigte eine brutale Attacke der Drogenpolizei gegen einen Ausländer.

Sieben von elf Polizisten wurden versetzt, vier stehen unter Anklage. LGBT-Aktivist(inn)en erhielten Morddrohungen, ebenso der Direktor eines Inselkollegs, der Kleriker wegen der Steinigung einer jungen Frau kritisierte, die des Ehebruchs bezichtigt worden war. Das Strafgesetz bedroht gleichgeschlechtliche Sexualität mit Haft bis zu acht Jahren und 100 Peitschenhieben. Frauenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Es gibt nur sechs Frauen unter insgesamt 85 Mitgliedern des nationalen Parlaments. Als Teil der Justizreform sind zum ersten Mal zwei Richterinnen am Obersten Gerichtshof gegen den Widerstand islamischer Kleriker ernannt worden. Die Ministerin für Gender und Familie verlor aufgrund ihrer Untätigkeit ihr Amt, weil sie den Anstieg an Vorwürfen sexueller Gewalt an den Gerichten des Landes nicht stoppen konnte.

Am 9. Juni wurde in der Diskussion über ein neues Polizeigesetz ein Video über eine Aktion der Bereitschaftspolizei von 2012 gezeigt, die einen späteren Abgeordneten der Demokratischen Partei mit äußerster Brutalität zusammenschlug. Die Abgeordneten sahen Parallelen zum Schicksal Georg Floyds in Minnesota (USA) und stellten fest, es werde bis heute als normal erachtet, dass Polizisten Gefangene oder Demonstrant(inn)en brutal behandeln. Parlamentssprecher Mohamed Nasheed sprach sich bei der Gelegenheit dafür aus, die Handlanger des alten Regimes bei der Polizei von ihren Aufgaben zu entbinden. Die Wähler/-innen hätten der MDP ein überwältigendes Mandat zur Verfügung gestellt, um die Verantwortlichen dieser Machenschaften vor Gericht zu bringen und künftig dergleichen zu verhindern. Ein neuer Ausschuss, der Justiz- und Sicherheitskomitee verbindet, soll als erstes einen Bericht über die Korruptionsfälle der Vorgängerregierung und den Bericht über die Morde und Verschleppungen der alten Regierung herausgeben.

### Sozialpolitik

Wer sich in den Malediven krank meldet muss am gleichen Tag eine ärztliche Bescheinigung beibringen. Dies sah ein Gesetzesentwurf vor. Der öffentliche Aufschrei ließ die Frist auf 15 Tage erhöhen. In den Malediven gibt es eine 30-tägige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Mittels Dekret führte Präsident Solih im Januar einen verbesserten Maßstab für die Armutsbemessung ein. Der differenzierter vorgehende, multidimensionale Armutsbemessungsindex (MPI) ergänzt die traditionellen monetären Indikatoren um Aspekte wie Bildung, Gesundheit oder Lebensstandard. Mit dem MPI lassen sich die Lebensverhältnisse auf den Inseln besser vergleichen.